



**Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 03.07.2024  
– Auszug aus Drucksache 19/2784 –**

**Frage Nummer 17**

**mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung**

Abgeordneter  
**Toni  
Schuberl**  
(BÜNDNIS  
90/DIE GRÜ-  
NEN)

Ich frage die Staatsregierung, was kostet die Entsorgung des Erdreichs, das als Aushub auf der Baustelle der neuen Justizvollzugsanstalt Passau entstanden ist, wenn man es nicht wie vorgesehen für die Lärmschutzwand an der Autobahn A3 im Passauer Stadtteil Neustift verwendet, was würde es den Freistaat kosten, wenn er selbst dieses Erdreich auf den gekauften Grundstücken ablädt, und könnte der Freistaat sich mit den Entsorgungskosten, die er sich einspart, an den Gesamtkosten der Lärmschutzwand beteiligen, damit die Stadt Passau nicht übermäßig belastet wird?

**Antwort des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr**

Es wird weiterhin davon ausgegangen, dass das bereitgestellte Aushubmaterial für den Lärmschutzwall verwendet wird.

Die Kosten stehen noch nicht fest.